

**Niederschrift**

zur 10. Sitzung des Gemeinderates der Stadt Leimen am Donnerstag, dem 18.12.2008, 18.30 Uhr, im Ferdinand-Reidel-Saal des Paul-Gerhardt-Hauses, Turmgasse 23 in Leimen

**- öffentlich -**

**Beginn:** 18.30 Uhr

**Ende:** 21.20 Uhr

**Anwesend:** Oberbürgermeister Ernst  
Erster Bürgermeister Sauerzapf

**Von den Stadträten:** Agena, Dirk  
Dr. Anselmann, Peter  
Appel, Hans ab 18.45 Uhr  
Appel-Schlund, Gabriele  
Bader, Richard  
Balzer, Brigitte  
Felden, Claudia  
Frühwirt, Ralf  
Guler, Monika  
Hack, Johann  
Hellinger, Horst  
Hörnberg, Ingrid  
Janscho, Anke  
Jundt, Günter ab 18.40 Uhr  
Kraft, Hans-Georg  
Krauth, Wolfgang  
Dr. Lohneis, Martin ab 18.40 Uhr  
Mühlböck, Hans-Jürgen  
Rajki, Laszlo  
Reinig, Michael  
Rückemann, Gerhard ab 18.45 Uhr  
Dr. Sandner, Peter  
Stather, Alfred ab 18.35 Uhr  
Stern, Wolfgang ab 18.40 Uhr  
Sterzenbach, Dieter  
Unverfehrt, Dietrich  
Wagner, Karl-Heinz ab 18.45 Uhr  
Woesch, Rudolf

**Entschuldigt:** Jäkel, Siegward privat verhindert  
Kalischko, Kai-Uwe privat verhindert  
Miltner, Bernhard privat verhindert  
Schleicher, Ilse krank

**Als Gäste:**

Currle, Jan	LBBW Immobilien KE GmbH
Hilsheimer, Anselm	LBBW Immobilien KE GmbH
bis 20.40 Uhr	

**Von der Verwaltung:**

1	Stadtverwaltungsrat Börgerding
1.2	Stadtamtsrat Berggold
2	Stadtoberverwaltungsrat Sauerzapf, X.
3	Stadtoberverwaltungsrat Stamm
6	Stadtoberamtsrat Schwarz Stadtamtmann Gora
7	Stadtverwaltungsdirektor Scheiber Angestellter Kohr, H.-J.
8	Angestellter Kuhn
14	Stadtamtsrat Heinzmann

Stadtamtmann Ullrich  
- Protokollführer -

## TAGESORDNUNG

zur 10. Sitzung des Gemeinderates der Stadt Leimen am Donnerstag, dem 18.12.2008, 18.30 Uhr, im Ferdinand-Reidel-Saal des Paul-Gerhardt-Hauses, Turmgasse 23 in Leimen

- öffentlich -

- |  |          |
|--|----------|
| <b>1. Fragestunde</b>  |          |
| <b>2. Protokolle</b>   |          |
| Protokollbeurkundung   |          |
| Benennung von Urkundspersonen                                  |          |
| <b>3. Zuwendungen</b>  | 117/2008 |
| Annahme von Zuwendungen nach § 78 Abs. IV GemO                 |          |
| <b>4. Stadtentwicklung</b>                                     | 118/2008 |
| Jahresbericht Sanierung Leimen und St. Ilgen, ELR Gauangelloch |          |
| <b>5. Sanierung Leimen-Innenstadt</b>                          | 119/2008 |
| Städtebaulicher Ideenwettbewerb                                |          |
| <b>6. Straßen</b>  | 120/2008 |
| Parkplätze Ostseite L 594                                      |          |
| <b>7. Lärmschutzmaßnahmen</b>                                  | 121/2008 |
| Gestaltung Bgm.-Lingg-Straße                                   |          |
| <b>8. Ortskernsanierung</b>                                    | 122/2008 |
| Friedrichsplatz  |          |
| <b>9. Erschließungsbeiträge</b>                                | 123/2008 |
| Abrechnung Vogtgasse   |          |
| <b>10. Bebauungspläne Leimen – St. Ilgen</b>                   | 124/2008 |
| Fasanerie I  |          |
| <b>11. Ortsrecht</b>   | 125/2008 |
| Änderung der Hundesteuersatzung                                |          |
| <b>12. Photovoltaikanlagen</b>                                 | 126/2008 |
| Vergabeentscheidung  |          |
| <b>13. Verschiedenes</b>                                       |          |

Oberbürgermeister Ernst

begrüßt die anwesenden Mitglieder des Gremiums sowie die Damen und Herren im Zuhörerraum. Er stellt fest, dass die Tagesordnung rechtzeitig zugegangen und das Gremium beschlussfähig ist. Er fragt nach Einwänden gegen die Tagesordnung. Solche werden nicht erhoben. Gegen die ausgeteilten Ergänzungen zu Tagesordnungspunkt 3 erhebt sich kein Widerspruch. Von Seiten der Verwaltung wird der Tagesordnungspunkt 9 zurückgezogen.

## 1. Fragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

## 2. Protokolle

Protokollbeurkundung  
Benennung von Urkundspersonen

Oberbürgermeister Ernst

ruft das Protokoll der Sitzung der Nr. 9 vom 27.11.2008 auf. Urkundspersonen sind die Stadträte Gruler und Unverfehrt. Einwände werden nicht erhoben. Als Urkundspersonen der heutigen Sitzung werden die Stadträte Agena und Woesch benannt.

## 3. Zuwendungen

117/2008

Annahme von Zuwendungen nach § 78 Abs. IV GemO

*Die Stadträte Dr. Anselmann, Appel-Schlund, Felden, Gruler und Janscho erklären sich für befangen und nehmen an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.  
Stadtrat Stather nimmt ab 18.35 Uhr an der Sitzung teil.*

Einstimmig ergeht folgender

### **Beschluss (Kennwort: Zuwendungen)**

1. Die als Anlage beigefügten Zuwendungen an die Stadt werden angenommen.
2. Die Kämmererei wird mit dem Ausstellen von Spendenquittungen beauftragt.

## 4. Stadtentwicklung

118/2008

Jahresbericht Sanierung Leimen und St. Ilgen, ELR Gauangelloch

*Die Stadträte Stern, Dr. Lohneis und Jundt nehmen ab 18.40 Uhr, die Stadträte Appel, Wagner und Rückemann ab 18.45 Uhr an der Sitzung teil.*

Herr Hilsheimer gibt einen Überblick über den Stand der Stadtentwicklung (Anlage 1 zum Protokoll).

Erster Bürgermeister Sauerzapf

erklärt, dass man alle entsprechenden Förderanträge stellen werde.

Stadtrat Stern

gibt zu bedenken, das noch keine Einigkeit über die zukünftige Gestaltung des Platzes um das Michaelishaus bestehe. Er selbst bedauere, dass das Anwesen direkt gegenüber dem Rathaus nicht abgerissen werde und frage sich, warum man das Michaelishaus erhalten wolle. Das Haus sei seiner Ansicht nach nicht erhaltenswert, es weiter stehen zu lassen, sei zudem unwirtschaftlich. Er schlage vor, die Fläche mit und ohne Michaelishaus zu planen bzw. die beiden Anwesen abzureißen und den dadurch entstehenden Platz vorläufig zu befestigen.

Es ergeht folgender

**Beschluss**  
**(Kennwort: Stadtentwicklung)**

Vom Bericht wird Kenntnis genommen.

**5. Sanierung Leimen-Innenstadt**  
Städtebaulicher Ideenwettbewerb

119/2008

Oberbürgermeister Ernst  
erläutert kurz den Sachverhalt.

Herr Currie

verweist auf die bereits erfolgten Diskussionen und erläutert die markanten Punkte Rathausplatz/Schulhof, Bärentorplatz und Rathaus/Kirche, welche das Rückgrat der Innenstadt darstellten. Man habe gründliche Vorarbeit geleistet, die in einstimmiger Zustimmung zum preisgekrönten Entwurf mündete. Auf der Basis dieses Entwurfs solle nun weitergearbeitet werden, nachdem der Gemeinderat weitere Überarbeitungen einzelner Projektbereiche gefordert habe.

Stadtrat Dr. Sandner

erklärt sich mit den genannten Eckpunkten einverstanden, auch stimme seine Fraktion einer verkehrsberuhigten Rathausstraße ebenso zu, wie einem Abriss der Steinberghalle und einem vorgesehenen Neubau am Rathausplatz. Allerdings solle man die Möglichkeit einer Tiefgarage nicht von vornherein ausschließen. Der Busverkehr am Bärentorplatz solle nach Möglichkeit verringert werden, hier solle man Alternativen suchen.

Stadtrat Bader

teilt mit, dass Stadtrat Stern hinsichtlich des Michaelishauses seine Privatmeinung geäußert habe, die von der vorherrschenden Meinung in der Fraktion abweiche. Diese stimme dem Beschlussvorschlag zu. Das Umfeld der Kirche sei ein sensibler Bereich, auch zum Michaelishaus solle derzeit noch keine endgültige Entscheidung gefällt werden. Eine entsprechende Planung solle daher sowohl mit als auch ohne Bebauung erfolgen, um sich alle Optionen offen zu halten. Er stellt daher den Antrag, eine Planung zunächst ohne Vorgaben zu erstellen, dann eine Planung mit und ohne Gebäude in der gleichen Kubatur zur erstellen, nachdem man mit Vertretern der Kirche gesprochen habe.

Stadträtin Hörnberg

stört sich am vorgesehenen Standort eines möglichen Neubaus am Rathausplatz, dieser solle besser in Richtung Schule verlagert werden.

Stadtrat Rückemann

möchte wissen, welcher Zeitplan vorliege und mit welcher Maßnahme begonnen werden solle.

Oberbürgermeister Ernst

antwortet, dass man 2009 zunächst die Bürgermeister-Lingg-Straße für den Verkehr freigeben wolle, danach sei die Rathausstraße an der Reihe. Derzeit sei es nicht möglich, konkrete Zeitangaben zu machen, da dies auch von noch zu treffenden Entscheidungen des Gemeinderats abhängige.

Stadträtin Gruler

hinterfragt, welcher Abschnitt als erstes begonnen werde.

Oberbürgermeister Ernst

entgegnet, dass dies der Gemeinderat entscheiden müsse.

Herr Curre

empfiehlt ein Projekt mit Signalwirkung, wo Neues entstehe. Hierfür eigne sich seiner Ansicht nach die Rathausstraße.

Mit 1 Nein-Stimme (Stadtrat Frühwirt) und 1 Enthaltung (Stadträtin Hörnberg) ergeht folgender

**Beschluss**  
**(Kennwort: Sanierung Leimen-Innenstadt)**

1. Die mit dem 1. Preis ausgezeichnete Konzeption bildet die Grundlage der weiteren Schritte zur Neugestaltung von Barentorplatz, Rathausstraße, Rathausplatz und dem Schulareal.
2. Das Büro Marcel Adam Landschaftsarchitekten wird beauftragt, das Gestaltungskonzept entsprechend zu überarbeiten. Die Leistungen werden nach Aufwand gemäß der HOAI vergütet.
3. Die Eckpunkte zur Überarbeitung des Gestaltungsplans werden wie folgt festgelegt:
  - Die Vorgaben für Sondernutzungen des Rathausplatzes bei Veranstaltungen (Kerwe, Feste, Marktbetrieb, etc) sind nachzuweisen, der Autoscooter ist darzustellen, jedoch ohne zwangsläufige Veränderung des städtebaulichen Konzepts.
  - Die Rathausstraße ist für Begegnungsverkehr auszulegen, Ausweisung als verkehrsberuhigter Bereich (7-10 km/h); zusammen mit westlichem Abschnitt Rathausstraße ist die Anordnung der maximal möglichen Kurzparkplätze darzustellen.
  - Konkretisierung der Ausformung des baulichen Abschlusses als Mauer hin zur Bürgermeister-Lingg-Straße; flexible Nutzbarkeit des Schulhofs nachweisen und darstellen; mögliche Pausenhoffläche ermitteln und darstellen, die Fläche der Steinberghalle ist freizulegen.
  - Änderung der vorgeschlagenen Querparker in der Bürgermeister-Lingg-Straße in Längsparkierung.

- Für eine Neubaumöglichkeit am Rathaus sind Zufahrt und Anordnung der Parkierung für die aus der Nutzung entstehenden notwendigen Stellplätze darzustellen. Städtebauliche Kennwerte der Neubaumöglichkeit (dreigeschossig plus Dach): Ca. 1.700 m<sup>2</sup> Bruttogeschossfläche davon: EG ca. 500 m<sup>2</sup> Geschäftsflächen; 1.OG/2.OG ca. 1.000m<sup>2</sup> Büro und Gesundheitsdienstleistung, DG ca. 700 m<sup>2</sup> Wohnen. Außerdem soll überprüft werden, in welcher Form und wie viele weitere Parkplätze geschaffen werden können. Dabei können weitere Standorte in der näheren Umgebung miteinbezogen werden (z.B. Anwesen Rathausstraße 1, ehem. Bergbrauerei).
- Die bereits vorliegenden Varianten sind hinsichtlich folgender Punkte zu klären:
  - Mitwirkungsbereitschaft der Kirchenvertreter im Hinblick auf die Öffnung und Benutzbarkeit des Kirchumfelds
  - vorstellbare Nutzungen für die vorgesehenen bzw. vorhandenen Gebäude
  - vorstellbare Nutzungen der entstehenden Freiflächen (öffentlich/privat) d. h. dies umfasst einerseits die Prüfung der Mitwirkung/Zustimmung Kirche und die Prüfung der wirtschaftlichen Machbarkeit/Vermarktung der entstehenden Grundstückszuschnitte
  - das Grundstück um das Michaelishaus ist wie folgt zu planen:
    1. ohne jegliche Vorgaben
    2. mit jetzigem Gebäude oder Gebäude in gleicher Kubatur
    3. ohne Gebäude
- Die Rathausstraße ist als verkehrsberuhigter Bereich, 7-10km/h, mit Begegnungsverkehr auszulegen. Die Durchfahrt für den Linienbus ist zu berücksichtigen. Die städtebaulich maximal vertretbaren Kurzparkplätze sind darzustellen. Dabei sind die erforderlichen Stellplätze für Behinderte zu berücksichtigen. Die Umgestaltung der Rathausstraße muss die Belange der Verkehrssicherheit für Fußgänger gewährleisten.
- Zu überdenken ist die Trennwirkung der Straßenbahn-/Bustrasse. Ebenfalls gelöst werden muss die notwendige Überfahrt von Bussen über den Platz vor dem KCL. Der vorgeschlagene Pavillon soll in Größe und Ausformung überprüft werden.
- Derzeit wird untersucht, wie im Zuge der Umgestaltung der Innenstadt der Bärentorplatz möglichst busverkehrsfrei gehalten werden kann (Ausnahme Rathausstraße), um den Platz sinnvoll umgestalten zu können zur Verbesserung der Querungsmöglichkeiten und Barrierefreiheit des Platzes, sowie zur Schaffung von Aufenthaltsqualität.
- Dies umfasst:
  - Die Überprüfung der Umsteigebeziehungen zwischen Bus-Straßenbahn und Bus-Bus und davon abhängig die Lage der Haltestellen.
  - Die Gewährleistung der Funktionalität als Verkehrsknotenpunkt ÖPNV.
  - Die Schaffung von barrierefreien Haltestellen.

**6. Straßen**  
Parkplätze Ostseite L 594

120/2008

Erster Bürgermeister Sauerzapf schildert den Sachverhalt und die derzeitige Parkplatzsituation. Die grundsätzliche Zustimmung des Straßenbauamts zur vorgesehenen Neuschaffung von Parkplätzen liege vor.

Stadtrat Appel stimmt für seine Fraktion der Schaffung zu, die eine gute Maßnahme zur Stadtkernbelebung sei und erkundigt sich nach möglichen Zuschüssen.

Oberbürgermeister Ernst lässt dies noch prüfen.

Stadtrat Dr. Sandner stimmt der Vorlage zu. Es sei ein guter Zeitpunkt, dazu trage die Maßnahme auch zur Verkehrsberuhigung in diesem Bereich bei.

Einstimmig ergeht folgender

**Beschluss**  
**(Kennwort: Straßen)**

1. Der Errichtung von Parkplätzen an der Ostseite der L 594 – von ca. 40 m nördlich der Signalanlage an der Kreuzung L 594 / Hirtenwiesenstraße bis zur Brücke direkt südlich des Kurpfalz-Centrums – wird vorbehaltlich der Genehmigung durch das Regierungspräsidium Karlsruhe zugestimmt.
2. Die Kosten für diese Maßnahme (bauliche Veränderungen und Markierungen) übernimmt die Stadt Leimen.
3. Soweit keine weiteren Maßnahmen – wie z.B. Entwässerungskanäle – notwendig werden, kann nach vorsichtigen Schätzungen mit Kosten in Höhe von ca. 40.000 € gerechnet werden. Die Detailplanung muss noch mit dem Straßenbauamt des Rhein-Neckar-Kreises abgeklärt werden. Diesen überplanmäßigen Ausgaben wird zugestimmt.
4. Mit dem Regierungspräsidium Karlsruhe ist eine Vereinbarung über diese Maßnahme abzuschließen.

**7. Lärmschutzmaßnahmen**  
Gestaltung Bgm.-Lingg-Straße

121/2008

Erster Bürgermeister Sauerzapf schildert die einzelnen Maßnahmen und beziffert die Kosten auf ca. 1 Mio. €, die zu 75-80% fördermöglich seien. Sowohl die städtebauliche Sicht, das Verkehrsaufkommen und die Finanzierung der Maßnahmen müssten stimmen, grundsätzlich könne bis 5,20 m. Höhe aufgebaut werden. Er zeigt die einzelnen Varianten auf, die alle den Vorgaben entsprächen. Heute Abend sei keine Ausführungsentscheidung zu treffen, die jedoch Voraussetzung für alle weiteren Maßnahmen der Stadtkernsanierung sei.



Stadtrat Dr. Anselmann

bedauert ausdrücklich, dass eine Lärmschutzwand in dieser Höhe gebaut werden müsse.

Mit 2 Enthaltungen (Stadträtinnen Felden und Hörnberg) ergeht folgender

**Beschluss**  
**(Kennwort: Lärmschutzmaßnahmen)**

1. Der Ausführung der Lärmschutzwand, wie im Bestand vorhanden, in den Abschnitten 1 und 2 wird zugestimmt.
2. Der Antrag bei der zuständigen Förderstelle wird mit der teuersten Ausführungsvariante gestellt.
3. Der Gemeinderat entscheidet im Frühjahr 2009, welche der Varianten (1, 3, 5) der Lärmschutzwand im Abschnitt 3 tatsächlich zur Ausführung kommt.
4. Die für die erforderlichen aktiven und passiven Lärmschutzmassnahmen geschätzten Kosten werden zur Kenntnis genommen.

**8. Ortskernsanierung**  
Friedrichsplatz

122/2008

*Stadtrat Frühwirth erklärt sich für befangen und nimmt an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil, obwohl Oberbürgermeister Ernst ausdrücklich darauf hinweist, dass eine Befangenheit nicht gegeben ist.*

Erster Bürgermeister Sauerzapf

erläutert noch einmal den Sachverhalt. Das Projekt sei wichtig für das Gesamtkonzept St. Ilgen und sei daher auch ausgiebig im Beirat diskutiert worden.

Herr Currlé

erklärt den Planungsstand. Insgesamt werde es 12 Parkplätze in diesem Bereich geben, für die er die Verwendung von Natursteinen empfiehlt.

Stadträtin Hörnberg

fand den Vorschlag des Beirats in Ordnung und möchte wissen, warum nun eine neue Planung vorgelegt werde. Die Parkplätze sollten laut Beirat so bleiben, drei nun gezeigte Parkflächen seien gar nicht umzusetzen. Der geplante Grünstreifen müsse verkleinert werden, auch werde das ursprüngliche Bild des Platzes sehr beeinträchtigt.

Erster Bürgermeister Sauerzapf

weist darauf hin, dass man das Gesamtkonzept sehen müsse. Zudem liege die letzte Entscheidung immer beim Gemeinderat.

Stadträtin Felden

erinnert an einen alten Gemeinderatsbeschluss aus dem Jahr 2005, die Verzögerung sei daher nicht Schuld des Gremiums. Ihrer Ansicht nach werde der Aufenthaltsplatz immer kleiner, deshalb stelle sie den Antrag, den vorgesehene Grünstreifen zu reduzieren und den eigentlichen Platz so zu vergrößern.

Oberbürgermeister Ernst

verweist darauf, dass dieses Thema immer wieder diskutiert worden sei, ohne zu einem endgültigen Ergebnis zu kommen. Zuletzt sollte auf Wunsch des Gemeinderats die beginnende Ortskernsanierung abgewartet werden, um eventuell Zuschüsse zu bekommen, diese seien jetzt möglich.

Stadtrat Wagner

regt an, eine Vergrößerung der Parkflächen zu prüfen, ansonsten sei seine Fraktion mit der Vorlage einverstanden.

Stadträtin Hörnberg

befürchtet Verkehrsstaus in diesem Bereich, auch sei die Bepflanzung mit Lavendel unpassend.

Stadtrat Kraft

sieht die Sachlage wie Stadtrat Wagner und schlägt vor, Langzeitparker auf den nahegelegenen Festplatz zu verweisen, um die Situation zu entspannen. Eine Verschiebung der Parkfläche am Friedrichsplatz nach Süden solle genau überlegt werden, da sich dadurch eventuell der Verkehrswert der dort befindlichen Grundstücke vermindere.

Mit 2 Nein-Stimmen (Stadträte Hack und Hörnberg) und 1 Enthaltung (Stadtrat Agena) ergeht folgender

**Beschluss**  
**(Kennwort: Ortskernsanierung)**

1. Der Gestaltung des Friedrichsplatzes wird in der vorgestellten Variante zugestimmt. Der geplante Grünstreifen ist um einen Meter nach Süden zu verlegen.
2. Die Ausführung soll nur in Naturstein erfolgen (Variante c).
3. Die Maßnahme kann unter Vorbehalt der Genehmigung des Haushalts 2009 ausgeschrieben werden.
4. Der Gemeinderat entscheidet über die Vergabe.
5. Die Werkplanung und Bauaufsicht wird an das Büro Albrecht, Eppelheim vergeben.

*Die Herren Currle und Hilsheimer verlassen um 20.40 Uhr die Sitzung.*

**9. Erschließungsbeiträge**  
Abrechnung Vogtgasse

123/2008

Der Tagesordnungspunkt wird zurückgezogen.

**10. Bebauungspläne Leimen – St. Ilgen**  
Fasanerie I

124/2008

Mit 1 Nein-Stimme (Stadträtin Hörnberg) und 1 Enthaltung (Stadtrat Sterzenbach) ergeht folgender

**Beschluss**  
**(Kennwort: Bebauungspläne Leimen – St. Ilgen)**

1. Vom Ergebnis der Offenlage wird Kenntnis genommen.
2. Der Bebauungsplan „Fasanerie I, 1. Änderung und Erweiterung, Änderung Teilbereich 1“ in der Fassung vom 20.12.2007 wird nach § 10 BauGB i.V. mit § 4 GemO als Satzung beschlossen.
3. Die zusammen mit dem Bebauungsplan aufgestellten örtlichen Bauvorschriften in der Fassung vom 20.12.2007 werden nach § 74 LBO i.V.m. § 4 GemO als Satzung beschlossen.

**11. Ortsrecht**  
Änderung der Hundesteuersatzung

125/2008

Einstimmig ergeht folgender

**Beschluss**  
**(Kennwort: Ortsrecht)**

Der Ergänzung des § 4 der Hundesteuersatzung mit folgendem Punkt 4 wird zugestimmt.:

4. Für diejenigen Steuerschuldner, die für das Kalenderjahr die gleiche Hundesteuer wie im Vorjahr zu entrichten haben, kann die Hundesteuer durch öffentliche Bekanntmachung festgesetzt werden. Für die Steuerschuldner treten mit dem Tage der öffentlichen Bekanntmachung die gleichen Rechtswirkungen ein, wie wenn ihnen an diesem Tage ein schriftlicher Steuerbescheid zugegangen wäre.

**12. Photovoltaikanlagen**  
Vergabeentscheidung

126/2008

Oberbürgermeister Ernst

erinnert an die bereits stattgefundenen Diskussionen zu diesem Thema und verweist auf die Ergänzung des Beschlussvorschlages hinsichtlich der Verwendung bestimmter Module.

Stadtrat Bader

gibt bekannt, dass seine Fraktion für eine solche Anlage sei, allerdings sei man nicht von der Finanzierungsfrage überzeugt. Ein Rücktritt müsse unter bestimmten Bedingungen möglich sein, daher bitte er darum, die Beschlussfassung noch einmal zu verschieben, um dies zu prüfen. Seiner Ansicht nach solle man nicht selbst als Investor auftreten, sondern das Dach vermieten. Er stellt im Anschluss noch einmal seine Berechnungsmethode vor und schlägt vor, nicht rund 620.000 € für eine solche Maßnahme zu binden, sondern für eventuell andere auftretende Ausgaben vorzusehen.

Oberbürgermeister Ernst

verweist auf den mehrheitlich gefassten Beschluss des Gemeinderats, eine solche Anlage selbst zu betreiben. Dieser Beschluss sei von der Verwaltung umgesetzt worden, man sei aufgrund dieses Beschlusses rechtliche Verpflichtungen eingegangen. Eine schlechte Wirtschaftslage sei kein Grund für einen Rücktritt von diesen Verpflichtungen.

Stadtrat Krauth

möchte wissen, warum diese Bedenken erst jetzt und nicht in den Vorberatungen vorgebracht worden seien.

Stadträtin Hörnberg

bittet um eine Verschiebung um vier Wochen, um sich die vorgebrachten Bedenken in Ruhe zu überlegen.

Oberbürgermeister Ernst

weist darauf hin, dass es einzuhaltende Fristen gibt. man diskutiere das Thema nun schon seit Februar des Jahres und habe es schon einmal verschoben.

Stadtrat Wagner

sieht in der nun aufgetretenen Finanzkrise keinen Rücktrittsgrund. Die Berechnung sei zudem ganz anders als von Herrn Bader dargestellt. Andere Investitionen würden auch nicht beeinträchtigt, daher solle man den Beschluss so lassen.

Stadtrat Woesch

möchte wissen, warum eine beschränkte Ausschreibung vorgenommen wurde und ob dies auch rechtlich einwandfrei sei. Er verweist darauf, dass sog. „Evergreen-Module“ und keine kristallinen verwendet werden dürften und dass auf korrekten Einbau geachtet werden müsse.

Angestellter Kohr

antwortet, dass eine beschränkte Ausschreibung in diesem Bereich durchaus üblich und nicht zu beanstanden sei. Dies werde auch vom damit beauftragten Rechtsanwalt so gesehen und auch von anderen Städten so gehandhabt.

Stadtrat Frühwirt

schlägt vor, auch weitere Dächer mit Solaranlagen zu bestücken. Verluste seien nach aller Erfahrung nicht zu erwarten. Da die Strompreise weiter steigen werden, seien sogar höhere Erträge durchaus realistisch. Man solle daher nichts verschleppen, notfalls könne man das nächste Dach auch vermieten.

Stadtrat Sterzenbach

stimmt dieser Aussage zu. Er kenne diese Anlagen aus seiner beruflichen Tätigkeit und weist auf die Notwendigkeit einer sorgfältigen Aufstellung hin, um beispielsweise Moosbildung zu vermeiden.

Stadtrat Bader

bezeichnet seine vorgebrachten Bedenken als stichhaltig, da man sich auf die Kernaufgaben einer Kommune beschränken müsse. Zunächst habe man von 410.000 € gesprochen, jetzt gehe es um 620.000 €. Man werde zwar keine Verluste machen, aber die Mittel würden hier gebunden, obwohl sie anderweitig gebraucht würden. Man solle über seinen Antrag abstimmen, die Möglichkeit eines Rücktritts zu überprüfen.

Oberbürgermeister Ernst

weist erneut darauf hin, dass Fristen einzuhalten seien, diese würden bei einer Verschiebung verstreichen, was entsprechende Konsequenzen nach sich ziehe.

Mit 7 Nein-Stimmen (Stadträte Hörnberg, Appel, Bader, Kraft, Gruler, Stern und Hellinger) und 7 Enthaltungen (Stadträte Mühlböck, Hack, Dr. Anselmann, Appel-Schlund, Rückemann, Dr. Lohneis und Janscho) ergeht folgender

### **Beschluss** **(Kennwort: Photovoltaikanlagen)**

1. Der Vergabe an die Fa. Ralos als annehmbarsten Bieter wird zugestimmt. (Es wird auf die Angebotsprüfung und Wertung des Ing. Büros Mörgenthaler vom 10. November 2008 verwiesen).
2. Die Auftragssumme beträgt 613.574,41 Netto und wird zum Festpreis von 3.716,16 €/kWp Netto vergeben.
3. Die Fa. Ralos wird verpflichtet, bei der Bauausführung die Module „Evergreen Solar – ES 190 – RL“ zu verwenden.

### **13. Verschiedenes**

Stadträtin Hörnberg

bemängelt die neuen Glastüren des Rathauses, die sich nur nach innen öffnen lassen. Dies verstoße ihrer Ansicht nach gegen den Brandschutz. Auch wünsche sie sich einen elektrischen Türöffner.

Oberbürgermeister Ernst

antwortet, dass die Türöffnung nach innen hier zulässig sei. Eine elektrische Türöffnung sei zwar möglich, aber leider auch sehr störanfällig.

Stadträtin Felden

erkundigt sich nach dem Beteiligungsbericht.

Erster Bürgermeister Sauerzapf

gibt bekannt, dass dieser gedruckt und im kommenden Verwaltungsausschuss erstmals behandelt werde.

Stadtrat Hack  
bemängelt den Zustand des Spielplatzes im Probster Wald.

Oberbürgermeister Ernst  
entgegnet, dass das Areal im kommenden Jahr neu geplant werde.

Stadtrat Frühwirt  
regt aufgrund der fortgeschrittenen Zeit an, ohne Pause unmittelbar im Anschluss an den öffentlichen Teil mit dem nichtöffentlichen Teil fortzufahren.

Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, schließt  
Oberbürgermeister Ernst um 21.20 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.

\_\_\_\_\_  
Ullrich  
Protokollführer

\_\_\_\_\_  
Ernst  
Oberbürgermeister

Urkundspersonen:

\_\_\_\_\_  
Stadtrat Agena

\_\_\_\_\_  
Stadtrat Woesch